

Rede zum Tag der Arbeit in Aachen



01. Mai 2024

Sperrfrist: Beginn der Rede, 13:15 Uhr

Es gilt das gesprochene Wort!

Anja Weber, Vorsitzende des DGB NRW:

Sehr geehrter Herr Ministerpräsident Hendrik Wüst,
liebe Kolleginnen und Kollegen,
Hallo Aachen! Auch: Hallo NRW! Vor allem: Hallo Europa!

Was für eine tolle Stimmung und was für ein tolles Bild, hier in der Europastadt Aachen. Es ist kein Zufall, dass unsere zentrale Kundgebung in NRW zum 1. Mai hier in Aachen stattfindet. Denn wir wollen heute von diesem Platz auch ein starkes Signal für Europa senden: Hier in Aachen erlebt ihr jeden Tag, was es bedeutet, ein Teil der europäischen Gemeinschaft zu sein. Ihr erlebt offene Grenzen, Nachbarn, die nicht mehr Feinde, sondern Freunde sind. Deshalb, toll das wir zusammen hier sind.

Ich werde gleich noch mit dem Ministerpräsidenten über Europa sprechen. Es ist eine gute Tradition, dass der Ministerpräsident am 1. Mai in NRW mit dabei ist und sich mit unseren Themen auseinandersetzt. Deshalb auch an Sie noch mal ein herzliches Willkommen, Hendrik Wüst.

Es ist so wichtig, dass unser Projekt eines demokratischen, sozialen und friedlichen Europas weitergeführt werden kann. Hier in der Grenzregion sind wir auch besonders aktiv für faire Mobilität – denn immer noch findet auch mitten in Europa Ausbeutung statt. Diese Menschen brauchen unsere Unterstützung. Unsere Botschaft ist: Gute Arbeit, besser mit Europa!

Aber dafür müssen wir was tun. Lasst uns in den nächsten Tagen und Wochen dafür werben: Demokrat*innen müssen wählen gehen, und sie müssen demokratisch wählen!

Es gibt vieles, was uns zurzeit Sorgen macht. Die Liste der schlechten Botschaften ist lang: Krieg in der Ukraine, Überfall auf Israel, unendliches Leid in Gaza, steigende Armut und soziale Spaltung, fehlende Lehrer*innen und Kitaplätze, die Liste lässt sich noch fortsetzen.

Aber – und das ist wichtig wahrzunehmen - wir erleben in diesen Tagen auch einen ermutigenden Aufbruch. Nach den Enthüllungen von Correctiv zu den menschenverachtenden Deportationsplänen der AfD sind die Menschen wach geworden.

Sie stehen auf und zeigen den Demokratiefeinden die rote Karte. Millionen sind inzwischen auf die Straßen gegangen und machen deutlich: Wir sind die Mehrheit! Und wir dürfen da nicht müde werden: Wir sagen Nein, wenn unsere Nachbarn, Kolleg*innen, unsere Freunde angegriffen und bedroht werden. **Unsere Alternative ist Respekt und Solidarität.**

Wir Gewerkschaften haben dafür schon in den 80er-Jahren ein Symbol entwickelt, die gelbe Hand. „Mach meinen Kumpel nicht an“ – und meine Kollegin auch nicht.

Da knüpfen wir an: **Wir müssen die Brandmauer gegen die extreme Rechte neu und besser aufbauen:**

Das heißt: Keine Zusammenarbeit mit der AfD und ihren Gesinnungskumpanen! Gerade jetzt vor den Europawahlen gilt einmal mehr: Rechtsextreme gehören nicht auf Podien, nicht in Talkshows. Auch, wenn diese Brandmauer bröckelt, sagen wir einmal mehr: Wir diskutieren mit Menschen, aber Rechtsextremismus ist keine Meinung im demokratischen Diskurs – er bleibt ein Verbrechen.

Ich bin froh, dass es hier in NRW eine große Klarheit der demokratischen Parteien gibt. Herr Ministerpräsident, auch Sie waren als ganz normaler Teilnehmer auf einer Kundgebung in Oberhausen. Damit haben Sie ein starkes Signal gesetzt. Es ist so wichtig, dass in der Mitte der Gesellschaft klare Kante gegen Rechtsextreme gezeigt wird und alle da zusammenstehen. Darauf gilt es jetzt im Vorfeld der Europawahlen aufzubauen.

Das heißt auch: Wir sollten genauer hinschauen, wie wir miteinander und wie wir über unsere Demokratie sprechen.

Hier ist was aus dem Ruder gelaufen.

Wir erleben immer wieder Rechtsausfallschritte demokratischer Politiker*innen, die den Sprech von AfD und Konsorten übernehmen und dadurch die Spaltung unserer Gesellschaft vorantreiben. Die nach unten treten, um sich bei anderen anzubiedern. Die Geflüchtete verunglimpfen und Bürgergeldempfänger*innen diffamieren. Da müssen wir gemeinsam Stopp sagen. Das dürfen Demokrat*innen nicht tun. Das ist Gift für unsere Gesellschaft und für unsere Demokratie.

Heute – am 1. Mai – treten Gewerkschafter*innen überall im Land für Solidarität und Vielfalt ein. Mit 69 Veranstaltungen in NRW ist das eine riesige Leistung und ein Fest des Ehrenamtes. Denn es sind vor allem unsere Kolleginnen und Kollegen in den Kreis- und Stadtverbänden, die diesen 1. Mai in ihrer Freizeit organisieren. Danke an alle Kolleginnen und Kollegen hier auf dem Platz, die das möglich machen, stellvertretend dafür Danke an Lisa Lang, unsere Vorsitzende der Städteregion Aachen.

Und wenn wir in wenigen Wochen am 23. Mai 75 Jahre Grundgesetz feiern, wollen wir überall Haltung zeigen. Wir wollen nicht nur die Straßen und Plätze, sondern auch die Betriebe und Verwaltungen zu Orten der Demokratie, des Respekts und der Solidarität machen. Ich bitte euch, werdet in euren Betrieben aktiv und macht deutlich: Die Würde des Menschen ist unantastbar!

Wir dürfen und wir müssen nicht tatenlos zusehen. Wir können gestalten. Es liegt in unserer Hand, eine starke Demokratie und einen starken Staat zu bewahren.

Dazu gehört auch: Wir müssen endlich die Diskussion um eine gute Zukunft aufnehmen und nicht den Sozialstaat in Frage stellen.

Deshalb sagen wir Gewerkschaften zum 1. Mai. Wir wollen mehr: Mehr Geld. Mehr Freizeit. Mehr Sicherheit.

Das ist unsere Antwort in diesen Zeiten von Krisen und großen Veränderungen: für die Menschen und auch für unsere Gesellschaft.

Mehr Geld, mehr Freizeit, mehr Sicherheit. Dafür haben wir Gewerkschaften in den letzten Monaten gute Tarifabschlüsse erkämpft.

Wir erleben das derzeit in jeder Tarifrunde: Die Menschen haben klare Erwartungen an uns Gewerkschaften. Sie wollen, dass wir richtig was durchsetzen. Und das tun wir. Notfalls auch mit Streiks.

Und dafür schenken uns die Menschen Vertrauen. Im vergangenen Jahr sind bundesweit 430.000 Menschen in eine unserer 8 DGB-Gewerkschaften eingetreten.

In Zeiten sinkender Zustimmung zu großen Organisationen, in Zeiten, in denen das Vertrauen in Politik und Demokratie sinkt, haben Gewerkschaften Eintritte wie seit Jahrzehnten nicht mehr.

Das gibt uns Rückenwind.

Und wenn wir Gewerkschaften das jetzt nutzen, wenn wir viel Bewegung entwickeln und auch streiken für gute Tarifabschlüsse, dann ist das gut! Das ist Demokratie! Gewerkschaften nehmen ihre Aufgabe wahr und geben den Menschen Sicherheit.

Deshalb: **Hände weg vom Streikrecht!**

Es sind doch nicht die zwei Handvoll Streiktage, die die Menschen müde machen. Es sind die übrigen 350 Tage im Jahr, an denen nicht gesichert ist, ob die Kita offen ist oder die Bahn zuverlässig fährt. Darum sollten sich Politiker*innen kümmern, die jetzt unser demokratisches Grundrecht angreifen.

Schluss mit den Nebelkerzen: **Wer will, dass es weniger Streiks gibt, muss das Feuer von der Zündschnur nehmen. Und das heißt: Wir brauchen mehr Geld, mehr Freizeit, mehr Sicherheit – denn das ist, was uns durch die Krisen bringt.**

Apropos Feuer von der Zündschnur: Die Kolleginnen und Kollegen im **Bauhauptgewerbe** bereiten sich derzeit auf eine harte Streikauseinandersetzung vor. Nach drei erfolglosen Tarifverhandlungen hat es einen Schlichterspruch gegeben. Unsere Gewerkschaft BAU hat ihn nach reiflicher

Überlegung angenommen. Natürlich ist es ein Kompromiss, da fällt die Zustimmung nicht immer leicht. Die Arbeitgeber aber haben nicht lange überlegt und wollen ablehnen. Wir wissen doch, wie wichtig die Arbeit auf dem Bau für uns alle ist – und auch wie hart und extrem anstrengend. Wenn die Arbeitgeber unseren Kolleginnen und Kollegen jetzt eine Lohnerhöhung verweigern, dann ist unsere Solidarität gefragt. Liebe Kolleginnen und Kollegen: **Wenn es zum Streik kommt, habt ihr den ganzen DGB mit allen 8 Mitgliedsgewerkschaften an eurer Seite. Wir kämpfen das gemeinsam durch!**

Mehr Lohn, mehr Freizeit, mehr Sicherheit: Das gilt übrigens auch für den **Fachkräftemangel**. Die Menschen brauchen Entlastung, damit wieder mehr in den Arbeitsmarkt kommen und endlich auch die Produktivität steigt. Deshalb erteilen wir allen eine Absage, die meinen, den Fachkräftemangel zu lösen, in dem sie Arbeitszeiten verlängern. Wer das versucht, wird scheitern.

Schon Kindern bringt man bei: Wenn die Pfanne zu heiß geworden ist – kein kaltes Wasser drauf gießen. Aber genau das versuchen all diejenigen, die uns predigen, die Antwort auf den Fachkräftemangel wäre die Verlängerung der Wochen- oder gar der Lebensarbeitszeit. Ihr wisst, wie das bei der Pfanne ausgeht: Das Öl fängt Feuer, es bleibt nur schwarze Kruste und die Pfanne ist nicht mehr zu gebrauchen. Das kann niemand wollen.

Wenn wir die Menschen weiter auspressen, verschärfen wir den Fachkräftemangel. Wir müssen endlich die Probleme bei der Wurzel packen.

Viele Eltern stehen gerade Kopf – weil Kitas in NRW ihre Betreuungszeiten drastisch kürzen und sie nicht wissen, wie sie Arbeit und Familie organisiert bekommen. Und weil die Elternbeiträge trotzdem gleichbleiben. Da ist man als Mittelschichtsfamilie schnell bei über 500 Euro im Monat. Und gleichzeitig werden die Reichen in unserem Land immer reicher. Finde den Fehler!

Wir brauchen **mehr Geld** für gute Kitas, gute Bildung und die überfälligen Investitionen in eine gute Infrastruktur.

Wir brauchen dringend Signale vom Bund und vom Land, damit die Industrieunternehmen in NRW wieder investieren.

Vom Ausstieg aus der Braunkohleförderung sind im Rheinischen Revier rund 30.000 Arbeitsplätze betroffen. Die meisten davon tariflich und gut bezahlt und mit dem Schutz von Betriebsräten und Mitbestimmung.

Die Ansiedlung von zwei IT-Unternehmen sind gute Signale für die Region. Aber wir brauchen mehr: Mehr Perspektive und vor allem neue Arbeitsplätze für die Menschen und ihre Familien, die derzeit von der Braunkohle leben

Wir erwarten, dass die industriepolitische Strategie des Landes geschärft wird. Und für eine gute Standortpolitik müssen wir endlich unsere Kommunen in NRW entschulden und finanziell handlungsfähig machen. Die Situation ist dramatisch.

Wir müssen endlich darüber sprechen, wie wir eine gute Zukunft finanzieren. Wir können aber die Wirtschaft nicht ankurbeln, ohne Geld.

Und da treten andere jetzt eine Sozialstaatsdebatte vom Zaun. Das ist eine weitere Nebelkerze, die kein Problem löst: Denn die Sozialkosten sind in Deutschland in den letzten 2 Jahrzehnten real nicht gestiegen, trotz Wirtschafts- und Bevölkerungswachstum. Und auch im Vergleich zu anderen starken Wirtschaftsnationen liegen wir bei den Sozialausgaben nicht zu hoch.

Und es ist auch eine Sackgasse. Die Debatte ist brandgefährlich, weil sie den Menschen Sicherheit im Wandel nimmt. Gerade jetzt gilt: Bei Krankheit, im Alter, bei Arbeitslosigkeit müssen sich Beschäftigte auf ein starkes Sicherheitsnetz verlassen können.

Politik und Unternehmen müssen solche Verunsicherung beenden. Nach unten treten und die oben schonen, das machen wir nicht mit.

Wenn der Abstand zum Bürgergeld manchmal gering ist, dann liegt das daran, dass der Mindestlohn in Deutschland immer noch unter dem europäischen Maßstab liegt und die Tarifbindung in Deutschland zu gering ist.

Auch deshalb haben wir unsere Kampagne Eintreten für die Tarifwende gestartet. Wir machen deutlich. Mit Tarifvertrag gibt es mehr: Mehr Lohn, mehr Freizeit, mehr Sicherheit – und auch mehr Demokratie.

Wir fordern einen Masterplan Tariftreue auch für NRW. Das Herzstück muss ein Tariftreuegesetz sein. Denn wenn der Staat mit Steuergeldern einkauft, dann muss gelten: Vorfahrt für Tarifvertrag. Herr Ministerpräsident, Sie haben auf dem Arbeitnehmerempfang vor wenigen Tagen angekündigt, dass sie liefern werden. Dann bleiben wir ab jetzt gemeinsam da dran!

Ich weiß, dass hier auch viele auf dem Platz die Sorge umtreibt. Ob es die ganz großen Unternehmen im Stahl oder in der chemischen Industrie oder das inhabergeführte Familienunternehmen ist: Investitionen gehen ins Ausland, Arbeitsplätze werden abgebaut. In vielen Betrieben geht die Angst um.

Wir waren auf einem guten Weg und erleben jetzt, dass unser Projekt einer sozialen, ökologischen und demokratischen Transformation brutal ausgebremst wird.

Herr Ministerpräsident, es ist richtig, hier Lösungen von der Ampel zu fordern. Es ist gut, dass sie sich gemeinsam mit uns für einen Brückenstrompreis einsetzen. Aber es reicht nicht, den schwarzen Peter nach Berlin zu schieben. Damit sind die Probleme nicht gelöst.

Andere Bundesländer machen es vor und sind mittlerweile bereit, die Schuldenbremse in Frage zu stellen und nach gemeinsamen Lösungen in Bund und Land zu suchen. Gerade hier, in unserem Industrieland NRW gilt: Uns läuft die Zeit weg.

Jeder Euro, der jetzt richtig investiert wird, führt morgen zu mehr Wohlstand. Und deshalb: Die Schuldenbremse ist eine Investitionsbremse und muss dringend reformiert werden. Das gilt gerade mit Blick auf die Generationengerechtigkeit.

Die große Zukunftsbremse sind nicht die Streiks, es ist der Bundesfinanzminister und alle die, die hier mit einstimmen. Ein ausgeglichener Haushalt kann doch nicht das Staatsziel Nr. 1 sein.

Die USA machen uns das seit mehr als einem Jahr vor. Mit großzügigen Investitionsprogrammen unterstützen sie die Industrie auf dem Weg zur Klimaneutralität und haben damit eine große Wirtschaftsdynamik entwickelt.

Und in den USA werden die Investitionshilfen daran gekoppelt, dass die Menschen gute Löhne bekommen, tariflich geschützt und sozialversicherungspflichtig.

Herr Ministerpräsident, Sie waren gerade in den USA. Greifen Sie doch den Ball auf. Lösen sie im Konsens der demokratischen Parteien die Schuldenbremse, die eigentlich eine Zukunfts- und Investitionsbremse ist.

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

wir Gewerkschafter*innen wissen: Eine gute Zukunft ist möglich. Es ist Zeit, dass wir den Hebel umlegen. Lasst uns aussteigen aus der Spardiskussion und einsteigen in die Diskussion, wie wir eine gute Zukunft schaffen. Lasst uns den Vorwärtsgang wählen. Dafür brauchen wir Mehr: Mehr Lohn, mehr Freizeit, mehr Sicherheit.

Herzlichen Dank und Glückauf.